

# Kommunalwahlprogramm DIE LINKE. Lehrte/Sehnde

100% sozial

[100% sozial: Mehr preiswerter Wohnungsbau!]

[100% sozial: Städtisches Vermögen erhalten - keine ÖPP!]

[100% sozial: Krankenhaus Lehrte erhalten!]

[100% sozial: Ja zu Gymnasium UND Gesamtschulen!]

## 0. Einleitung

Am 11. September 2016 wird in den Niedersächsischen Städten und Gemeinden gewählt.

Die Kommunen sind der Ort, an dem wir leben und arbeiten, und deshalb der Ort, an dem wir die Bedingungen für unser Leben und unsere Arbeit mitgestalten wollen. Dafür brauchen wir starke Kommunen, in denen die Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen artikulieren und solidarisch umsetzen und in denen öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherheit auf hohem Niveau gewährleistet werden können.

DIE LINKE. Lehrte/Sehnde hat Kandidatinnen und Kandidaten für die folgenden Gremien aufgestellt:

- Regionsversammlung der Region Hannover
- Rat der Stadt Lehrte
- Rat der Stadt Sehnde
- Ortsrat Sievershausen (Lehrte)
- Ortsrat Ilten (Sehnde)

Unter dem Motto "Bewegung in die Räte!" tritt DIE LINKE. an, um die soziale Frage vor Ort zu stellen und für soziale Gerechtigkeit zu streiten.

## 1. Familie & Soziales

In Lehrte und Sehnde leben fast 70.000 Menschen, die alle mehr oder weniger auf eine gut funktionierende soziale Infrastruktur angewiesen sind. DIE LINKE. unterstützt den Ausbau von hochwertigen Betreuungsangeboten und alle Bestrebungen, eine Stadt inklusiver zu gestalten.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Der **Ausbau von Kita- und Krippenplätzen** erfolgt nach Bedarf und jeweils vorrangig in städtischer Trägerschaft.
- Im Einvernehmen mit dem Betriebsrat des Klinikums und dem Personalrat einer Kita kann **eine Kita mit verlängerten Öffnungszeiten** eingerichtet werden, um als Betriebskindergarten den Bedürfnissen der Beschäftigten entgegenzukommen.
- Die **Tafeln** werden unterstützt. Sie überflüssig zu machen muss gesamtgesellschaftliches Ziel sein.
- Städtische **Bauprojekte** werden **barrierearm** geplant um umgesetzt, z.B. mit Leitsystemen für Blinde und abgesenkten Bordsteinen.

## 2. Gesundheit & Wohnen

Wem gehört die Stadt? - Eigentlich allen, doch viel zu oft haben Menschen keine ausreichenden Zugänge zur Infrastruktur. Bauliche Barrieren, hohe Kosten und soziale Ausgrenzung gehören zu den Gründen. Als LINKE wollen wir die Stadt möglichst vielen Menschen zugänglich machen. Besonders wichtig ist uns dabei, eine qualitativ hochwertige wohnortnahe Gesundheits- und Notfallversorgung sicherzustellen sowie kostengünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

### **Deshalb fordert DIE LINKE:**

- Infrastruktur-Einrichtungen – sowohl öffentliche, wie etwa Schulen, Kindergärten, Spielplätze, Seniorenwohnheime, Grünanlagen oder auch Kleingartengebiete, aber auch private, wie Geschäfte, Dienstleistungsunternehmen und Gastronomie – müssen wohnortnah und möglichst zu Fuß und barrierefrei erreichbar sein.
- Neue Siedlungsgebiete sind nur dann auszuweisen, wenn Möglichkeiten der Wohnverdichtung in den besiedelten Gebieten der Städte und Gemeinden ausgeschöpft sind oder wenn dies zur Bekämpfung der Wohnraumnot erforderlich ist.
- Neubaugebiete müssen von Anfang an über eine ÖPNV-Anbindung verfügen und so geplant werden, dass ausreichend Flächen für die Infrastruktur (Kitas, Schulen, Bürgerhaus, Lebensmittelladen, Kneipe usw.) vorgehalten werden.
- Verbindliche Vorgaben an Bauinvestoren, einen Teil der neuen Wohnungen als Sozialwohnungen bereitzustellen.
- Den Erhalt und Ausbau kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, die sozialen Wohnungsbau durchführen, günstige Wohnungen für Finanzschwache anbieten und notwendige Sanierungen sozialverträglich durchführen sollen.
- Die kommunale Förderung alternativer Wohnformen wie Genossenschaften und anderer kollektiver Eigentumsformen.
- Die Verhinderung von Container-Siedlungen und Massenunterkünften. Obdachlose und Flüchtlinge haben ein Recht auf menschenwürdige Unterbringung und müssen dezentral untergebracht werden.
- Das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum und nötigenfalls die vorübergehende Beschlagnahmung spekulativ leerstehender Wohn- und Büroraume zur Unterbringung von Wohnungslosen und Geflüchteten.
- Unterstützung für Hausprojekte, deren Ziel die Umwandlung von lange leerstehendem Wohnraum ist.
- In neuen Baugebieten entsteht umweltfreundlicher, alternsgerechter und **bezahlbarer Wohnraum** statt teurer Prestigebauten.
- Die Entwicklung städtebaulicher Projekte wird vorrangig **städtischen Unternehmen** übertragen.
- Die Stadt setzt sich bei der Region mit allen Mitteln für den **Erhalt des Leichter Krankenhauses** ein.

## 3. Arbeit & Infrastruktur

Die bauliche Infrastruktur der Kommunen in Deutschland leidet unter einer permanenten Unterfinanzierung und einem damit einhergehenden Investitionsstau. Auch in Lehrte und Sehnde würden wir gern mehr investieren. Neben dem Wohnungsbau geht es dabei vor allem um öffentliche Einrichtungen und Verkehrswege. Wir wollen die Stärkung umweltfreundlicher Mobilität und den langfristigen Erhalt öffentlichen Eigentums.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Mit einem **Sanierungsprogramm für Radwege** wird die Verringerung des Sanierungsstaus in diesem Bereich endlich ausgeweitet.
- Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss erhalten und ausgeweitet werden.
- Die Preise des ÖPNV müssen gesenkt werden, bis hin zu einem perspektivisch fahrscheinlosen Nahverkehr, der über Abgaben und öffentliche Zuschüsse finanziert wird.
- Bau- und Unterhaltungsprojekte werden nach Möglichkeit mit Eigenbetrieben der Stadt umgesetzt und auf **keinen** Fall im Rahmen **Öffentlich-Privater Partnerschaften** (ÖPP bzw. PPP).
- Freihandelsabkommen (z.B. CETA, TISA, TTIP), die die politischen Handlungsspielräume z.B. durch Investorschutzklauseln einschränken, lehnen wir strikt ab.
- Das teure Doppelsystem aus Sack und Tonne für die Restmüllabfuhr ist durch ein einheitliches System mit Tonnen zu ersetzen, bei dem das Müllvolumen eines der Kriterien der Gebührenberechnung ist.
- Die Straßenausbaubeitragsordnung ist so zu ändern, dass Anliegerinnen und Anlieger statt eines einmaligen hohen Ausbaubeitrages eine kontinuierliche Abgabe zahlen.

#### **4. Bildung & Jugend**

Als Schulträger sind die Städte Lehrte und Sehnde für die Bildung zahlreicher Schülerinnen und Schüler mit verantwortlich. In Deutschland hängt die Bildung immer noch zu sehr vom Status der Eltern ab. Als LINKE wollen wir das ändern und für alle Kinder ein möglichst gutes Bildungsangebot vorhalten. Kinder und Jugendliche sind aber auch Bürgerinnen und Bürger und haben als solche Mitspracherechte. Diese wollen wir stärken.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Der **Erhalt aller Grundschulstandorte** wird im Zweifel durch organisatorische Zusammenlegung gesichert.
- Der **Ausbau der Integrierten Gesamtschule** am Standort Lehrte-Süd erfolgt bedarfsdeckend. Die Haupt- und auch die Realschule werden mittelfristig zugunsten der IGS jahrgangsweise aufgelöst.
- Auch am Gymnasium in Lehrte werden bedarfsgerechte Räumlichkeiten für die Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren (G9) geschaffen, beispielsweise durch den **Neubau des naturwissenschaftlichen Traktes** der Mittelstufe.
- Alle Schulen, an denen Kollegium, Eltern und Schülervvertretung dies unterstützen, werden **(teil-)gebundene Ganztagschulen**.

- Die **Beteiligung von Eltern und Schüler\*innen** wird gestärkt: Der Stadteltern- und der Stadtschülerrat erhalten jeweils ein Budget im Haushalt der Stadt Lehrte.
- Neue und bestehende **Sprachlernklassen** werden dort finanziell unterstützt, wo das Land seiner Verantwortung nicht nachkommt.
- Die **Einführung eines Jugendparlamentes** oder anderer Beteiligungsformen wird geprüft.
- Die bestehenden **Jugendzentren** werden **erhalten** und werden im Bedarfsfall neu gebaut (Ahlten).

## 5. Teilhabe & Flucht

Gerade in den vergangenen Monaten sind wieder einmal vermehrt Geflüchtete nach Deutschland gekommen. Als LINKE stellen wir uns der Verantwortung und sind uns sicher, dass wir die gesellschaftliche Aufgabe der Integration Zugezogener meistern werden, auch wenn das eine Kraftanstrengung bedeutet. Wir müssen dabei unbedingt verhindern, dass Arme gegen noch Ärmere ausgespielt werden. Gesellschaftliche Teilhabe steht allen Menschen zu - unabhängig von Nationalität, Herkunft, Geschlecht oder Aufenthaltsstatus.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- Die **Förderung bürgerschaftlichen Engagements** wird fortgesetzt und ausgebaut.
- Die Städte Lehrte und Sehnde bauen **Partnerschaften in globale Krisenregionen** und entwickeln sich zu "Friedensstädten".
- Die Stadt und ihre Tochterunternehmen führen ein **Anonymisiertes Bewerbungsverfahren** ein, um bestehender Diskriminierung entgegenzuwirken.
- Für Geflüchtete ist eine möglichst **dezentrale Unterbringung** anzustreben.

## 6. Umwelt, Freizeit und Kultur

Den Schutz der Umwelt und das Schaffen guter Angebote für Freizeit und Kultur versteht DIE LINKE. als zentrale Aufgaben einer Stadt. Soziale Barrieren, etwa Eintrittsgelder und Fahrtwege, müssen so gering wie möglich sein.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- **Kultur- und Bildungseinrichtungen** wie Galerie, Anderes Kino und Theater sind zu erhalten und zu **fördern**, die Eintrittspreise niedrig zu halten. Ebenso zu nennen sind das Antikriegshaus Sievershausen und das Naturfreundehaus Grafhorn.
- Städtische (Schul-) **Bibliotheken** sind als wichtiger Teil der Leseförderung unbedingt zu **erhalten**. Die Gebühren sollen nicht erhöht werden.
- **Festivals** auf dem Zytanien-Gelände dürfen **nicht kriminalisiert** werden. Die Verwaltung soll weiterhin mit den Veranstaltungsteams sinnvolle Lösungen finden. (ggf. Zusammenarbeit zwischen den Veranstaltern und der Stadt um einen Veranstaltungsort zu schaffen, wo auch andere Konzerte, Festivals o.ä. stattfinden können)
- Wildtiere gehören in die Wildnis, nicht in den Zirkus - deshalb: **Wildtierverschützung** in die Nutzungsordnung städtischer Flächen aufnehmen.
- Lehrte und Sehnde sollen "**Fairtrade-Towns**" ([fairtrade-towns.de](http://fairtrade-towns.de)) werden und fair gehandelte Produkte beziehen.